

Anfragen zum Plenum in der 39. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Renate Ackermann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anteile der Kosten der unterschiedlichen Sozialberatungen in Bayern (z.B. Familien-, Sucht-, Schwangerschafts-, Erziehungs- und Asylsozialberatung etc.) tragen durchschnittlich die Träger, die Kommunen, das Land und der Bund und wie erklärt sich jeweils diese Kostenaufteilung?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern hält sie die Möglichkeit zur Bündelung der Milcherzeugung für geeignet, die Milchauszahlungspreise zu erhöhen, sieht die Staatsregierung Möglichkeiten, die Bündelung der Milcherzeugung innerhalb der gegenwärtigen Vorgaben weiter zu erhöhen und was tut sie aktiv, um die Milcherzeuger dabei zu unterstützen, ihre Bündelungsmöglichkeit auszuschöpfen?

Margarete Bause
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen ist die Verlängerung der U 5 nach Pasing und der U 4 nach Engelschalking nicht mehr im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)-Bundesprogramm 2011 bis 2015 enthalten, nachdem sie im Programm 2010 bis 2014 enthalten war, werden die Verlängerungen im Programm 2012 bis 2016 wieder aufgenommen, inwieweit steht diese Herausnahme aus dem GVFG-Bundesprogramm im Zusammenhang mit den Finanzierungsschwierigkeiten für den zweiten S-Bahn-Tunnel in München?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen sind insgesamt seit 2005 bis heute aktuell in welchen Ressorts je Haushaltsjahr gesperrt worden – wie in Art. 6b des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern (Haushaltsgesetz) formuliert – und wie viele Stellen werden konkret in den Haushaltsjahren 2013/2014 (je Haushaltsjahr) in den einzelnen Ressorts gesperrt?

Sabine Dittmar
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann wird das Bayerische Landesamt für Umwelt die bayernweit einheitliche Kulisse einer Einwertung des Landschaftsbildes außerhalb von Siedlungsgebieten nach den vier Wertstufen gemäß den Hinweisen zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Bayern erstellt haben?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem die Staatsregierung in ihrer Antwort auf die Interpellation der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zur Lage der Künstlerinnen und Künstler in Bayern“ vom 25. Juni 2012 (Drs. 16/13013) zu möglichem künstlerischen Engagement in Schulen erklärt: „Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus kooperiert mit dem Bundesverband Bildender Künstler in Bayern. Hierbei erhalten Schülerinnen und Schüler vorrangig aus Grund- und Mittelschulen die Gelegenheit, innerhalb und außerhalb des in der Studentafel verankerten Kunstunterrichts mit professionellen Künstlerinnen und Künstlern und deren bildnerischen Arbeitsformen in Kontakt zu treten. Die einzelnen Maßnahmen werden nach Maßgabe des Staatshaushalts unterstützt“ (Antwort auf Frage 7.16, S. 25) und in der Antwort auf Frage 7.18, S. 25 ergänzt: „Die Einbeziehung von Künstlerinnen und Künstlern in den innerhalb der Studentafel verankerten Kunstunterricht erfolgt entweder als Projekt, z.B. in Form von ‚Kunstwochen‘ oder als Zusatz in der Angebotspalette der Ganztagschulen“, frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe (finanziell, geleistete Arbeitsstunden, beteiligte Schülerinnen und Schüler) diese Maßnahmen im letzten Schuljahr durchgeführt wurden, welche Mittel in diesem Schuljahr dafür vorgesehen sind und wie die Schulen diese Mittel abrufen können?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie gestaltet sich konkret der Plan für den Umbau des Kopfklinikums Würzburg, wann wird über die Finanzierung des Projektes entschieden und wie gestaltete sich nach heutigem Stand der Finanzierungsplan im Einzelnen?

Anne Franke
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, warum der Bezirk Oberbayern beschlossen hat, die Förderung für die gemeinnützige S.I.Z. GmbH mit Sitz in Pfaffenhofen a. Ilm einzustellen (sind sich die verantwortlichen Entscheider dabei der Konsequenzen für die Betroffenen und für die Gesellschaft bewusst) und welche Alternativen der Förderung es gibt, falls die Entscheidung, die Förderung einzustellen, nicht mehr rückgängig gemacht werden kann?

Karl Freller
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, was unternimmt sie dagegen, dass in der Privaten Volksschule der Republik Griechenland in Nürnberg seit Oktober 2010 ohne ersichtliche Rechtsgrundlage, aber mit festgestelltem Verstoß gegen Art. 97 Abs. 1 Nr. 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesens (BayEUG) Teile des Gehalts von angestellten Lehrkräften und des Verwaltungspersonals einbehalten werden, und ist die Tätigkeit, die das angestellte Lehr- und Verwaltungspersonal an den genehmigten Privaten Volksschulen der Republik Griechenland in Bayern ausübt, hoheitlich im Sinne des internationalen Rechts und genießt Immunität?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich in den vergangenen zehn Jahren das durchschnittliche Einschulungsalter verändert, inwieweit beeinflussen bzw. beeinflussten die entsprechenden Regelungen zum Stichtag diese Entwicklung und in wie vielen Fällen ist jeweils Anträgen der Eltern auf vorzeitige Einschulung

bzw. Zurückstellung durch die Schulleitungen stattgegeben bzw. widersprochen worden?

Martin Güll
(SPD)

Nachdem die Eltern beim Übertritt in die Realschule oder in das Gymnasium das Entscheidungsrecht haben, wenn im Probeunterricht zweimal die Note vier erreicht wurde, frage ich die Staatsregierung, wie oft haben Eltern von diesem Entscheidungsrecht in den Schuljahren 2010/2011 und 2011/2012 Gebrauch gemacht (aufgeschlüsselt in die Schularten und Regierungsbezirke in absoluten und prozentanteiligen Zahlen bzgl. der jeweiligen Anmeldezahlen an den beiden Schularten)?

Eike Hallitzky
(GRU)

Nachdem in Oberösterreich gerade wirtschafts- und finanzschwache Kommunen dadurch unterstützt werden, dass Kofinanzierungen von EU-geförderten öffentlichen Maßnahmen oft nicht von den Gemeinden getragen werden müssen, sondern vom Land übernommen werden, mit der Folge, dass reiche und arme Gemeinden nicht so stark auseinander driften wie bei uns, frage ich die Staatsregierung, warum das in Bayern nicht möglich ist?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wann veröffentlicht sie die vom Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie beim Leipziger Institut für Energie in Auftrag gegebene Studie „Bayerische Energieszenarien 2050“, deren Veröffentlichung mir auf meine Anfrage zum Plenum vom 28. November 2011 (Drs. 16/10546) für das Jahresende 2011 angekündigt wurde, und welche bereits am 19. April 2012 in der Sitzung der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern vorgestellt wurde und was sind die Ursachen für die anhaltende Verzögerung bei der Veröffentlichung dieser Studie?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie, dass alkoholfreies Bier mit einem Restalkoholgehalt von z.B. bei Clausthaler alkoholfrei 0,45 Volumenprozent, in Gaststätten als billigere oder gleichere Alternative zu alkoholischen Getränken laut § 6 des Gaststättengesetzes (GastG) angeboten werden darf?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen staatlichen Berufsschulen konnten 2011 und 2012 zusätzliche Berufsschulklassen für Kinderpflegerinnen bzw. -pfleger gebildet werden, an welchen Fachakademien für Sozialpädagogik konnten 2011 und 2012 zusätzliche Ausbildungskapazitäten (bitte Anzahl angeben) gebildet und entsprechende Finanzierungszusagen erteilt werden, und was unternimmt die Staatsregierung, um die Ausbildungskapazitäten für Kinderpflegerinnen bzw. -pfleger und Erzieherinnen bzw. Erzieher zu erhöhen?

Annette Karl
(SPD)

Nachdem nach aktuellen Presseberichten für die Klausur der CSU-Landtagsfraktion ein Breitbandanschluss für die Tagungsstätte Kloster Banz der Hanns-Seidel-Stiftung mit Kosten in Höhe von für 50.000 Euro verlegt wurde, frage ich die Staatsregierung, aus welchen Mitteln dieser Anschluss bezahlt wurde, ob es sich um Fraktionsmittel handelt und ob dieser Anschluss dauerhaft installiert wurde?

Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Mittel für die Breitbandförderung im Jahre 2012 ausgereicht werden (aufgegliedert nach bereits verausgabten und fest geplanten Ausgaben; bitte die Mittel für das 2011 ausgelaufene Förderprogramm gesondert ausweisen), in welchem Stadium sich das Genehmigungsverfahren des angekündigten Hochgeschwindigkeitsprogramms bei der Europäischen Kommission befindet (bitte unter Nennung möglicher Hürden und Verhandlungspositionen) und bis zu welchem Zeitpunkt die Staatsregierung mit einer Aufnahme der Förderung nach dem neuen Förderprogramm rechnet?

Thomas Mütze
(GRU)

Nachdem die aktuell von der Hessischen Landesregierung vorgelegte Lärmaktionsplanung zum Fluglärm am und um den Flughafen Frankfurt die Nennung der Region Bayerischer Untermain unterlässt und damit die Lärmbelastung dort verschweigt, daher frage ich die Staatsregierung, wie sie bis zum 19. Oktober 2012, dem Enddatum für eingehende Anregungen, bei dem Regierungspräsidenten Darmstadt auf diesen Missstand eingehen will, welche Forderungen sie zum Lärmschutz in der Region Bayerischer Untermain stellen und wann die Staatsregierung durch EU-Richtlinie vorgegebene Lärmaktions- oder Lärmreduzierungspläne für Straßen-, Schienen- und Fluglärm in Bayern auflegen will?

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie gestaltet sich der Plan für den Bau der Mensateria an der Universität Würzburg, wann wird über die Finanzierung des Projektes entschieden und wie gestaltete sich nach heutigem Stand der Finanzierungsplan im Einzelnen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Da die Staatsregierung in den Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014 einen Zahlungsbetrag aus der Garantieerklärung zur Absicherung des ABS-Portfolios der BayernLB im Jahr 2014 von 380 Mio. Euro eingestellt hat, der laut Erläuterung zum 7. November 2014 in dieser Höhe zu erwarten ist, und insgesamt für die Absicherung des ABS-Portfolios im Nachtragshaushalt 2008 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,625 Mrd. Euro ausgebracht wurde, frage ich die Staatsregierung, welche Schwankungsbreite besteht für die Höhe der Zahlung zum 7. November 2014 und wann werden aus heutiger Sicht weitere Leistungen in welcher Höhe für das ABS-Portfolio der BayernLB aus dem Staatshaushalt fällig?

Maria Scharfenberg
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die auf der Webseite des Bayerischen Soldatenbundes (BSB) formulierte Aussage, dass „Mitglieder aller Parteien und Strömungen, welche (...) Leistungen und Opfer der Wehrmacht nicht leugnen (...) im BSB eine Heimat (finden)“, wie steht die Staatsregierung zu den zahlreich dokumentierten, die Wehrmacht glorifizierenden Aktivitäten des BSB und seines Präsidenten, Generalmajor a. D. Jürgen Reichardt, und hält der Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, angesichts dessen an seiner Zusage fest, an einer Veranstaltung des BSB am 29. September 2012 in Hemau (Landkreis Regensburg) teilzunehmen?

Theresa Schopper
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie das neue Ländergremium im Rahmen des Versorgungsstrukturgesetzes rechtlich geregelt und im Einzelnen ausgestaltet werden soll sowie welche politischen Ebenen, Institutionen und Personen konkret einbezogen werden sollen?

Tanja Schweiger
(FREIE WÄHLER)

Bezugnehmend auf die Schriftliche Anfrage auf Drs. 16/10996 von Kollegin Dr. Simone Strohmayr nach der Höhe der Krippenbeiträge in Bayern frage ich die Staatsregierung, ob mittlerweile andere „stichprobenartige“ Schätzungen vorliegen als ca. 150 Euro pro Monat für eine Buchungszeit von sechs bis sieben Stunden und wie sie sich – falls keine anderen Schätzung vorliegen – laut eines Zeitungsberichtes der „Mittelbayerischen Zeitung“ vom 12. April 2012 die dort aufgeführte Differenz von 150 Euro und 455 Euro für acht bis neun Stunden im Landkreis Regensburg und in der Stadt Regensburg zwischen 370 Euro und 690 Euro erklärt?

Adi Sprinkart
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit sind Informationen zutreffend, wonach die Eisenbahnstrecke von Lindau nach München erst 2020 durchgehend ausgebaut und elektrisch befahrbar sein soll, wann und in welchem Umfang ist mit einer Verdichtung des Fernverkehrsangebotes zwischen Zürich und München zu rechnen?

Christine Stahl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche bayerischen Justizvollzugsanstalten sind mit sogenannten „Automatisierten Externen Defibrillatoren“ – AED – (bitte je Anzahl angeben) ausgestattet, wie werden Gefängnismitarbeiterinnen und -mitarbeiter für den Umgang mit den Geräten geschult und wie wird Sorge dafür getragen, dass jederzeit derart geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienst sind?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob es stimmt, dass sie an der menschenunwürdigen Erstaufnahmeeinrichtung Baierbrunner Str. 14 über den jetzt bestehenden Mietvertrag hinaus festhält, warum die Alternativen ggf. (bitte aufzählen: McGraw-Kaserne, Standort der Körperbehindertenschule etc.) gescheitert sind und was die Staatsregierung mit der seit langem leerstehenden McGraw-Kaserne plant?

Susanna Tausendfreund
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse (insbesondere genauer Sachverhalt, Anzahl der Geschädigten, Anzahl und Identität der Täter, Grad der Verletzungen der Opfer, strafrechtliche Konsequenzen für die Täter) liegen ihr über einen im Juni 2008 in Neustadt an der Donau verübten Überfall auf türkische Mitbürger durch Mitarbeiter einer thüringischen Sicherheitsfirma vor, der nach Medienberichten („Tagesspiegel“, vom 7. September 2012 „Thüringer Polizistin deckte Neonazis“) einer Thüringer Polizistin, der Ehefrau des Inhabers dieser Sicherheitsfirma, bekannt gewesen, aber von dieser nicht weiterverfolgt worden sein soll und wie sind nach den Erkenntnissen der Staatsregierung die Täter dieses Überfalls und der Firmeninhaber der Sicherheitsfirma in

der rechten Szene, insbesondere auch in Bezug auf Bayern, vernetzt und wie bewertet die Staatsregierung in diesem Zusammenhang heute den Umstand, dass diese Thüringer Polizistin vom Bundeskriminalamt (BKA) im Zusammenhang mit dem Mord an Michèle Kiesewetter befragt worden ist, sie sowohl Kiesewetter wie auch deren Patenonkel gekannt hat, der bereits im Jahr 2007 auf einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund im Zusammenhang mit dem Mord an seinem Patenkind aufmerksam gemacht hatte?

Angelika Weikert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern ist das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) bei der Festlegung von Regelbedarfssätzen für Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften durch Landkreise und Bezirksregierungen eingebunden und inwieweit ist das StMAS über die unterschiedliche Anwendungspraxis der Übergangsregelungen in den Regierungsbezirken informiert?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Da im Entwurf der Staatsregierung für den Doppelhaushalt 2013/2014 für Bedarfszuweisungen bzw. Stabilisierungshilfen in jedem Haushaltsjahr Mittel in Höhe von 100 Mio. Euro eingestellt sind, frage ich die Staatsregierung, welche Mittel davon sind nur für Stabilisierungshilfen vorgesehen, welche konkreten Kriterien müssen Kommunen erfüllen, um Stabilisierungshilfen zu erhalten, und bis zu welcher Höhe können Mittel einzelnen Kommunen zufließen?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Wie viele Kinder wurden dieses Jahr vor der Schuleinschreibung zurückgestellt (aufgeteilt nach Regierungsbezirken)?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, was hat sie auf Grundlage des Beschlusses auf Drs. 16/12835 vom 14. Juni 2012 zum Dringlichkeitsantrag auf Drs. 16/12806 „Faire GEMA-Gebühren für Musiknutzer, Musikschafter und Künstler“ bereits unternommen, von welchem Erfolg waren die Maßnahmen gekrönt und falls noch nichts unternommen wurde, welche Maßnahmen wird sie vornehmen?

Ludwig Wörner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann ist mit einem Inkrafttreten bzw. einer Veröffentlichung neuer für die Wasserkraftnutzung relevanter Vorschriften und Arbeitshilfen (z.B. Wasserkrafterlass, Gebietskulisse Wasserkraft, Verzeichnis grundsätzlich nutzbarer Schwellen nach § 35 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes – WHG – etc.) zu rechnen und gedenkt die Staatsregierung die Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Energiewende in Bayern (Energiekommission) in den Prozess der Erstellung dieser Vorschriften und Arbeitshilfen einzubeziehen?